

# Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Feiertage“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“

Bezugspreise: Beim Bezug in der Stadt bezw. Agenten monatl. RM. 1.50 einchl. 13 beim. 20 Pfg. Zustellgebühr, beim Bezug durch die Post monatl. RM. 1.40 einchl. 13 Pfg. Postzeitungsgeb., wozuhal. 30 Pfg. Beleggeb., Einzelnumm. 10 Pfg. Schriftl. Druck und Verlag: G. W. Balzer (Jah. N. Balzer), Nagold



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus, Garten und Landwirtschaft“

Anzeigenpreise: 1 spaltige 200-zeilige Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Rechtsanzeigen 60 J., Sonstige-Anzeigen 50% Zuschlag - für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon-, Aufträge und Waisen-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschafter Nagold. - In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung über Rückzahlung des Bezugspreises. - Postk. No. Stuttgart 5118

Nr. 168      Begründet 1827      Donnerstag, den 21. Juli 1932      Preisprophet Nr. 29      106. Jahrgang

## Razzia in Preußen

### Reichskommissar in Preußen

#### Ausnahmezustand über Berlin und Brandenburg verhängt

Berlin, 20. Juli. Heute vormittag nach 10 Uhr fand die angekündigte Unterredung des Reichskanzlers v. Papen mit dem stellvertretenden preussischen Ministerpräsidenten Hirtzfelder, dem Innenminister Severing und dem Finanzminister Klepper statt. Der Reichskanzler teilte den preussischen Ministern mit, daß durch Verordnung Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing ihrer Ämter enthoben seien. Die Geschäfte des preussischen Innenministers werde der bisherige Oberbürgermeister von Essen, Dr. Bracht, wahrnehmen. Minister Severing weigerte sich, sein Amt abzugeben; er bewiesse das verfassungsmäßige Zustandekommen der Verordnung, und er werde nur der Gewalt weichen. Der Reichskanzler erwiderte, die Frage der Verfassungsmäßigkeit sei zwar durch den Staatsgerichtshof zu prüfen, aber einstweilen sei eine mit den Unterschriften des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vorliegende Verordnung rechtsgültig. Daraufhin wurde der Ausnahmezustand über Berlin und die Provinz Brandenburg verhängt. Inhaber der vollziehenden Gewalt ist der Wehrfreikommandeur, General Rundstedt. Ihm untersteht auch die Polizei in Berlin und Brandenburg.

### Die Notverordnungen

#### Verordnung des Reichspräsidenten

betreffend die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen vom 20. 7. 32

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

#### § 1.

Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Führung der preussischen Ministerien zu betrauen.

Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen innerhalb ihres Geschäftsbereichs alle Befugnisse der preussischen Staatsminister zu.

Der Reichskanzler und die von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen üben die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

#### § 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Neudorf und Berlin, 20. Juli 1932.

(gez.) v. Hindenburg.

(gez.) v. Papen.

### Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg

Berlin, 20. Juli. Eine Notverordnung des Reichspräsidenten ordnet den Ausnahmezustand für Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg an.

### Verordnung des Reichspräsidenten betr. Ausnahmezustand

Berlin, 20. Juli. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

#### § 1.

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechegeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Be-

chränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

#### § 2.

Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehraminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebietes unmittelbar unterstellt.

#### § 3.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehraministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung 2. auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

#### § 4.

Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Uberschennungen), 315 Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuches mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraften Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind, unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des § 82 (Landesverrat) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden, ebenso in den Fällen des Paragraphen 125 Abs. 2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und § 115 Abs. 2 (Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammenreffen mit Bewaffneten begangen hat.

#### § 5.

Auf Ansuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außerdem im Paragraphen 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. März 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 371) ausgeführte Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach § 3 der vorliegenden Verordnung.

#### § 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft. Neudorf und Berlin, 20. Juli 1932.

Der Reichspräsident: gez. v. Hindenburg.

Der Reichskanzler: gez. v. Papen.

Der Reichsminister des Innern: gez. Frh. v. Gopl.

Der Reichswehraminister: gez. v. Schleicher.

### Generalleutnant von Rundstedt

#### Befehlshaber von Berlin und Brandenburg

Berlin, 20. Juli. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 übertrage ich die vollziehende Gewalt für den Bezirk Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg auf den Befehlshaber im Wehrkreis 3, Generalleutnant v. Rundstedt.

(gez.) v. Schleicher.

### Aufruf des Oberbefehlshabers von Berlin und Brandenburg

„Ich bin durch den Herrn Reichswehraminister zum Inhaber der vollziehenden Gewalt für den Bereich von Groß-Berlin und die Provinz Brandenburg ernannt worden. Ich erwarte von allen Behörden und von der Bevölkerung, daß sie meinen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung erlassenen Anordnungen Folge leisten. Wer diese Bekanntmachungen böswillig ablehnt, verunstaltet oder beschädigt, wird bestraft.“

Berlin, den 20. Juli 1932.

Der Militärbefehlshaber:

(gez.) von Rundstedt, Generalleutnant.“

### Begründung der Notverordnung

Berlin, 20. Juli. Durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preussischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übergegangen. Die Selbstständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine baldige Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustands eintreten wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Land Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden kraft geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Umtriebe Erfolg erzielen. Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich die ordentlichen Polizeiorgane durch Einsatz von Person und Leben der Beamten sich bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden. In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verschiedensten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preussische Dienststellen in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten, sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preussischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamter gegen die Reichsregierung. Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Machtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des großen deutschen Landes.

### Der Reichskommissar beruft eine preussische Kabinettsitzung ein

Berlin, 20. Juli. Reichskanzler von Papen hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen das preussische Kabinett zu einer Sitzung um 4 Uhr nachmittags einberufen. Um 6 Uhr wird das Kabinett zu einer Besprechung der Lage zusammentreten. Man nimmt in Kreisen der Reichsregierung nicht an, daß die preussischen Minister zu der Sitzung kommen werden. Der mit der Führung der Geschäfte des preussischen Innenministeriums beauftragte Essener Oberbürgermeister, Dr. Bracht, wird seine Amtsgeschäfte um 4 Uhr nachmittags übernehmen.

Die Pressestelle der preussischen Staatsregierung ist auf Anordnung des Reichskommissars geschlossen worden. Der Präsident der Pressestelle, Hirtzfeld, und das ganze Personal sind entlassen worden.

### Besetzung des Staatsministeriums

Um die Mittagsstunde wurden die Büroräume des preussischen Ministerpräsidenten von zwei Mann Reichswehr, die unter Führung eines Offiziers erschienen, besetzt. Der Offizier verließ das Staatsministerium wieder. Die Staatsregierung hatte sich in das Innenministerium begeben.

### Sitzung des alten Preußenkabinetts

Berlin, 20. Juli. Das bisherige geschäftsführende preussische Kabinett ist um die Mittagsstunde zu einer Sitzung zusammengetreten, an der auch Minister Braun teilnahm, nachdem er sein Entlassungsschreiben schon in seiner Wohnung entgegengenommen hatte. In der Sitzung wurde zunächst über die Unterredung beim Reichskanzler Bericht erstattet. Severing teilte mit, er habe erklärt, die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei in Preußen nicht mehr als in anderen Ländern gefährdet. In diesen Tagen werde



Tagespiegel

Minister Seering, der nachmittags 4 Uhr sein Amt an Dr. Bracht übergeben und das Innenministerium verlassen hat, ist trotzdem nach einer Unterredung mit Minister Hirtfelder um 6 Uhr in seine bisherigen Amtsräume zurückgekehrt.

Durch Verfügung des Reichskommissars wurden abends 6 Uhr sämtliche preussische Minister für abgelehnt erklärt. Dr. Bracht erklärte bei Seering, um ihn auf die Folgen weiteren Widerstands aufmerksam zu machen.

Ministerpräsident Braun hat aus seinem Urlaub brieflich den Reichskanzler um Mitteilung ersucht, auf welche Verfassungsbestimmungen sich seine (Brauns) Amtsentlassung und die Behinderung der Wiederaufnahme der Geschäfte durch militärische Befehle des Staatsministeriums gründen.

Die Bayerische Staatszeitung will erfahren haben, daß der Vertreter des bayerischen Gesandten in Berlin beim Reichskanzler namens seiner Regierung Widerspruch gegen die Maßnahmen gegen die preussische Regierung erhoben habe.

Der heftige Landtag ist auf 28. Juli einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein nationalsozialistischer Antrag: Das Gesamtministerium kann aus dem Staatspräsidenten allein bestehen.

Die Zahl der Todesopfer bei den Unruhen in Altona am Sonntag hat sich auf 16 erhöht. Drei Schwerverletzte (Schweben noch in Lebensgefahr).

Die englische Presse bespricht lebhaft die gleichzeitigen Ereignisse der Maßnahmen in Berlin und der Regierungs-umbildung in Rom.

Der Vorsitzende der Mandchurei-Untersuchungskommission des Völkerbunds, Lord Dutton, der seit einiger Zeit erkrankt ist, wurde in das Deutsche Krankenhaus in Peking gebracht.

Weltgeschichte geschrieben; er denke nicht daran, sein Amt als republikanischer Minister feige zu verlassen. Dieser Erklärung habe sich Minister Hirtfelder angeschlossen.

Erklärung der bisherigen Staatsregierung

Berlin, 20. Juli. Von der bisherigen preussischen Staatsregierung wird folgende Verlautbarung veröffentlicht:

Die preussische Staatsregierung nimmt einstimmig zu den heutigen Vorgängen wie folgt Stellung:

- I. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Ansicht der preussischen Regierung der Reichsverfassung. 1. Weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt. 2. Weil die Einsetzung keine „notwendige Maßnahme für Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ darstellt. 3. Weil der Einsetz andere Zwecke verfolgt.

Die preussische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheidung den Erlaß einer einstweiligen Verfügung beantragen.

II. Soweit auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Artikel 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird, A. B. durch Absetzung von Ministern oder Ernennung neuer Minister oder in Artikel 63 der Reichsverfassung, wonach die Länder im Reichsrat durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden, wird die preussische Staatsregierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

In Kreisen der Reichsregierung wird es stark bezweifelt, daß der Staatsgerichtshof eine einstweilige Verfügung erlassen werde, wie sie in der Regel nur in Zivilprozessen erfolge. Der Staatsgerichtshof hat in der Tat in seiner bisherigen Praxis nur in ganz seltenen Fällen eine einstweilige Verfügung erlassen.

Grzesinski durch Melcher ersetzt

Durchgreifende Änderungen in der Schutzpolizei

Berlin, 20. Juli. Der bisherige Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, ist freiwillig von seinem Posten zurückgetreten, den nun am Mittwoch mittags 12.30 Uhr der Polizeipräsident von Essen, Melcher, eingenommen hat, der als ein hervorragender Beamter der alten Schule gilt.

Melcher Grzesinski mußten auch der Vizepräsident Weiß und der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Heilmannsberg, zurücktreten. Zum neuen Kommandeur wurde Oberst Pöten ernannt. Bei der Uebernahme der Kommandos war Generalleutnant v. Rundstedt im Polizeipräsidentium anwesend.

Die preussischen Minister sind nicht zu der vom Reichskommissar einberufenen Sitzung erschienen. Die Minister Hirtfelder, Klepper, Schmidt und Schreiber haben um zwei Uhr das Innenministerium verlassen und sich in ihre Ministerien begeben.

Der bisherige Polizeipräsident Grzesinski weigert sich, die Unterjogung seiner Amtsausübung durch Bracht anzuerkennen. Auch die Amtsentsetzung Heilmannsbergs und Weiß' erkenne er nicht an.

Der neue Bevollmächtigte des Reichskommissars für Preußen, Dr. Franz Bracht, steht im 55. Lebensjahr. Er war zunächst Staatsanwalt in Essen und Hamm und von 1911 bis 1918 Regierungsrat im Reichsversicherungsamt. 1919 wurde er Ministerialdirektor im preussischen Wohlfahrtsministerium und 1923 von Reichskanzler Marx zum Staatssekretär der Reichskanzlei ernannt. 1924 wurde er zum Oberbürgermeister von Essen gewählt. Bracht steht dem Zentrum nahe und ist ein Freund Stegerwalds, er ist aber parteipolitisch nicht hervorgetreten.

Anrufung des Staatsgerichtshofs

Berlin, 20. Juli. Das bisherige preussische Kabinett hat heute mittags in einem längeren Telegramm beim Staatsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Verfügung bean-

tragt. Seering sagte, er werde um 4 Uhr dem Bevollmächtigten Dr. Bracht erklären, daß er die Uebergabe der Geschäfte ablehne und nur der Gewalt weiche.

Die Leiter des Allg. Gewerkschaftsbunds und Vertreter des sozialdemokratischen Parteivorstands sind nachmittags zu einer Besprechung zusammengetreten.

Bayern will Rechtsverwahrung einlegen

München, 20. Juli. Die Vorgänge in Preußen haben in Bayern und insbesondere in München ungeheures Aufsehen erregt. Der Ministerrat nahm beim Einlaß der Nachrichten sofort Stellung. Anschließend wird mitgeteilt, die bayerische Staatsregierung werde beim Reichspräsidenten und Reichskanzler eine Rechtsverwahrung gegen die Einsetzung des Reichskommissars in Preußen einlegen, weil sie eine solche Maßnahme als verfassungswidrig und unzulässig erachte. Sie werde auch gleichzeitig ihren Rechtsstandpunkt vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zum Ausdruck bringen.

Amtsenthaltung des ganzen Kabinetts

Berlin, 20. Juli. Da die preussischen Minister zu der vom Reichskommissar anberaumten Nachmittagsitzung demonstrativ nicht erschienen sind, werden nun wahrscheinlich sämtliche preussische Minister ihrer Ämter enthoben und je durch einen Kommissar ersetzt. Es kommen dafür Persönlichkeiten in Frage, die sich als Staatssekretäre und in ähnlichen Stellen im Reich und in Preußen bewährt haben. Die Anrufung des Staatsgerichtshofes hält die Durchführung der Rotverordnung des Reichspräsidenten nicht auf.

In der Stadt Berlin herrschte den ganzen Tag Ruhe, wenn auch die Ereignisse lebhaft besprochen werden.

Als Dr. Bracht um 4 Uhr im Innenministerium erschien, um die Geschäfte zu übernehmen, verwies Seering auf seine Erklärung gegenüber dem Reichskanzler, daß er nur der Gewalt weiche.

Auf dem Polizeipräsidentium erschienen gegen 5 Uhr Generalleutnant v. Rundstedt mit mehreren Offizieren und 12 selbstmarßmäßig gerüsteten Reichswehrsoldaten und fragte den bisherigen Polizeipräsidenten Grzesinski kurz, ob er seinen Posten nun sofort und freiwillig räumen wolle. Anfangs hatte Grzesinski die freiwillige Amtsniederlegung zugesagt, auf Veranlassung Seerings aber die Zusage zurückgezogen und einem Hauptmann erklärt, er lasse sich nicht verhaften, da er als Abgeordneter immun sei.

Um 5.45 Uhr wurden Grzesinski, Heilmannsberg und Weiß von einem Offizier und den 12 Mann Reichswehr verhaftet und mittels Kraftwagen nach der Offiziersarrestanstalt in Moabit überführt. Während der Ueberführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidentiums von Beamten Hochrufe auf die Republik ausgebraut.

Preßstimmen zu den Maßnahmen in Preußen

Berlin, 20. Juli. Die „Kreuzzeitung“ spricht von einer „erlösenden Tat“ und begrüßt die Umsicht und die Energie, mit denen die Reichsregierung die nötigen Schritte eingeleitet habe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert: „Jetzt durchgreifen.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont die Verfassungsmäßigkeit des Eingreifens der Reichsregierung. Reichspräsident und Reichsregierung verdienen für die mutige Entscheidung, die sie getroffen haben, Anerkennung und Dank.

Der „Lokalanzeiger“ schreibt, die Reichsregierung habe wahrhaftig lange genug gezögert, ehe sie zu der Maßnahme kam, an der sie jetzt doch nicht vorbeikomme. Die Regierung habe jetzt zu handeln begonnen.

Die „Vossische Zeitung“ spricht von der „Reichserkennung“, die ein Schritt von unübersehbarer Tragweite sei. Die Reichsregierung habe eine Aktion begonnen, die ins Ungewisse führe.

Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet das Vorgehen der Reichsregierung als ein „halbbrecherisches Spiel“. Wenn man sich den Konflikt mit dem größten Lande auf die Spitze treibe und den Artikel 48 geradezu zum Leitsatz des Regierens mache, dann sei schwer zu sehen, wie aus solcher Verwirrung der Begriffe und Kompetenzen wieder einmal der Weg zur Ordnung und vor allem zur Verfassung zurückgefunden werden könne.

Ueberfall auf ein Polizeikommando

Stralsund, 20. Juli. In der vergangenen Nacht war der Stralsunder Polizei nach der Hinterrundgebung gemeldet worden, daß Angehörige der Eisernen Front im Anmarsch auf Stralsund seien. Zur Verhinderung wurde deshalb ein Sittlicher Schutzpolizeikommando nach Regast entsandt. Unterwegs wurde das Kommando in einem Walde plötzlich heftig beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und umstellten das Waldstück. Ueber 100 Personen, die dort im Hinterhalt gelegen hatten, wurden festgenommen. Man fand eine Menge Pistolen, 77 Schußmunition, 14 feststehende Messer, zahlreiche Gummiknäuel, Stahlruten, Lederriemen und mit Nägeln beschlagene Knäuel, sowie andere Schlagwerkzeuge. Eine mit Verbandszeug gefüllte Aktentasche wurde beschlagnahmt. Die Verhafteten, unter denen sich sozialdemokratische Führer aus Stralsund befanden, wurden von den Polizeibeamten mit gezogener Pistole abgeführt. — Beim Feuergefecht im Wald wurden einige Personen verletzt. Der der Eisernen Front angehörende Lehrer Kruß aus Greifswald wurde mit einem Kopfschuß ins Krankenhaus eingeliefert, wo er inzwischen verstorben ist.

Neueste Nachrichten

Keine Amnestie in Hamburg

Die Folge der Altonaer Unruhen

Hamburg, 20. Juli. In der gestrigen Sitzung des Amnestiausschusses der Hamburger Bürgerschaft wurde die nationalsozialistische Amnestievorlage nach Ausführungen des Senatsreferenters Dr. Struve, der im Hinblick auf die Unruhen in Altona entschieden gegen eine Amnestie wandte,

mit 7 Stimmen der Regierungsparteien und Deutschnationalen gegen 6 Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten abgelehnt. — Der schon früher eingebrachte Amnestieantrag bezog sich nicht auf den Altonaer Krawall.

Regierungskrise in Italien

Minister zurückgetreten

Rom, 20. Juli. Die Agenzia Stefani meldet: Der König hat den Rücktritt des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers Rocco, des Erziehungsministers Giuliano und des Korporationsministers Bottai entgegengenommen. Er ernannte zum Minister für auswärtige Angelegenheiten und Korporationen den Regierungschef, zum Justizminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Rom, Professor De Francisci, zum Finanzminister den Abgeordneten Guido Jung und zum Erziehungsminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Palermo, Professor Ercole.

Die grundlegenden Personalveränderungen im italienischen Kabinett entsprechen der in Italien üblichen Tendenz der „Wanderung der Ämter“. Die Vereinigung der beiden wichtigsten Ministerien des Äußern und der Korporationen in der Hand Mussolinis läßt darauf schließen, daß jetzt die Außenpolitik wieder enger an die Innenpolitik angegeschlossen werden soll. Die Uebernahme des Außenministeriums durch Mussolini deutet darauf hin, daß Mussolini darauf drängen will, daß die Abrüstungskonferenz und der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas jetzt schneller in Gang kommen. Die Uebernahme des Außenministeriums durch Mussolini ist eine Folge der Haltung der übrigen europäischen Länder, die Lösung der Abrüstungsfrage und der anderen großen Fragen zu verschleppen. Grandi geht als Vorkämpfer nach London.

Chinesisch-japanische Kämpfe in der Mandchurei

London, 20. Juli. „Times“ zufolge ist es in der Provinz Jehol (Mandchurei) zu Kämpfen zwischen Chinesen und Japanern gekommen. Nach japanischen Berichten war ein japanischer Beamter, der Verhandlungen mit dem Gouverneur der Provinz über den Opiumhandel, anscheinend im Zusammenhang mit dem von der neuen mandchurischen Regierung geplanten Opiummonopol führte, von den Chinesen gefangen genommen worden. Deshalb seien japanische Truppenabteilungen an Ort und Stelle gesandt worden.

Von chinesischer Seite wird gemeldet, daß japanische Flugzeuge die Stadt Tschaoang, nordwestlich von Tschinichau, mit Bomben beworfen hätten.

Württemberg

Brüning in der Stadthalle

Stuttgart, 20. Juli. In einer großen Zentrumskundgebung in der von 10 000 Personen vollbesetzten Stadthalle sprachen gestern abend Reichskanzler a. D. Dr. Brüning und Staatspräsident Dr. Brüning zur Reichstagswahl. Nach dem Einmarsch der Schwabenhut und einleitenden Worten des Versammlungsvorsitzenden, Oberregierungsrat Walter, ergriff Staatspräsident Dr. Brüning das Wort, indem er zunächst auf die innen- und außenpolitische Arbeit des Reichskanzlers Dr. Brüning einging. Zu dem Kabinett Papen übergehend, führte er aus, diese sogenannte Konzentrationsregierung sei so konzentriert, daß jeder sie ablehne. Habe Brüning es fertig gebracht, Frankreich außenpolitisch zu isolieren, so habe Papen in Laufanne in wenigen Tagen erreicht, daß jetzt Deutschland isoliert sei. Etwas kläglicheres als das Launener Schlagergebnis könne man sich nicht denken. In der Innenpolitik sagen wir der Reichsregierung, die jetzt das Kundgebungsverbot wieder eingeführt hat: Du hast unsere Warnungen nicht gehört und bist daher mitschuldig an dem geflossenen Blut. Jetzt erwarten wir, daß die Reichsregierung auch noch der Soldatenplündererei ein Ende bereitet und die Uniformen verbietet. Man müsse verlangen, daß die Nationalsozialisten sichtbar die Verantwortung übernehmen und zeigen, wie sie dem deutschen Volke Brot, Arbeit, Freiheit und Frieden bringen. Plane aber Hitler die Diktatur, so gefährde er das Reich. Eine Zahl vielfach so groß wie die Zahl der SA-Leute werde sich gegen eine Diktatur zur Wehr setzen. Die Nationalsozialisten glauben selbst nicht, daß sie samt dem deutschnationalen Schwänzlchen die Mehrheit erringen. In dieser Lage komme die Bedeutung des Zentrums zum Ausdruck, das als einzige bürgerliche Partei Aussicht habe, nicht zerschmettert, sondern noch größer zu werden.

Von Schwäbisch-Gmünd kommend, wo er zuvor in einer Zentrumsversammlung gesprochen hatte, erschien kurz vor zehn Uhr Reichskanzler a. D. Dr. Brüning, jubelnd begrüßt, in der Versammlung. Dr. Brüning führte aus, es gebe Schwankungen und Schwankungen in der Politik, die nicht ohne Erschütterungen der Autorität erfolgen. Er habe nicht den Rat gegeben, so rasch nach der Reichspräsidentenwahl einen Regierungswechsel zu den Parteien zu machen, die bisher in schärfer Opposition standen. Um der Autorität willen und aus staatspolitischen Gründen würde ich mich aber auch heute noch für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg einsetzen. Sicher ist, daß zur Diktatur zuerst eine Persönlichkeit, die wirklich Diktator sein kann, gehört. Die Uebertragung militärischen Denkens hat sich immer als ein Unglück für ein Volk erwiesen. Zur Ratifizierung des Launener Ergebnisses soll die Regierung Papen sich um die Zustimmung der Parteien bemühen, als deren Wortführer sich der neue Kanzler in Laufanne vorgestellt hat. An der Zustimmung der Parteien sei nicht zu zweifeln, denn ihr gehe es in erster Linie um die Eröberung der Macht im Innern. Das Zentrum sei ernstlich besorgt um die Zukunft unseres Vaterlandes. Es sei ein Befehl der Geschichte, daß auf radikale Stöße, die nur nach einer Seite tendieren, nach einiger Zeit der Gegenstoß von der anderen Seite kommt. Nicht durch Diktatur, sondern nur durch eine Politik des Ausgleichs und der Mäßigung wird Deutschland wieder zur Höhe kommen.

Stürmischer Beifall dankte beiden Rednern. Die Versammlung verlief ruhig.





zunehmen, die nach eigenem Besändnis in den Jahren 1928 und 1931 drei ihrer unehelichen Kinder kurz nach der Geburt getötet und die Leichen außerhalb der Stadt begraben hatten.

Nachregelung. Wegen den bisherigen nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Volksschullehrer Sch e m m in Bayern ist ein Dienststrafverfahren eingeleitet worden, weil er bei seinem Auftreten in der politischen Öffentlichkeit eines Lehrers unwürdige Ausdrücke gebraucht habe.

Handel und Verkehr Die kommende Hopfenernte

Zeltung, 20. Juli. Zur kommenden Hopfenernte nahm der Ausschuss des Hopfenbauvereins in einer Sitzung am Montag Stellung. Vor allem wurde über die von der deutschen Hopfenvertriebsgesellschaft in Nürnberg geplante Hopfenverkaufsaktion berichtet. Die Hopfenvertriebsgesellschaft beabsichtigt, bevor die Teilmänner Hopfenmarkt gleich zu Beginn der Ernte selbst als Käufer aufzutreten mit dem alleinigen Ziel, die Hopfenpreisgestaltung infolge zu beeinflussen, daß der Erzeuger wenigstens auf seine Herstellungskosten kommt; man spricht von 150 M je Zentner. Der Plan wurde vom Ausschuss, als Vertretung der Erzeugerinteressen, gutgeheißen. Inwiefern die Aktion von Erfolg begleitet ist, muß die Zukunft lehren, sicher ist, daß der Hopfenbau bei den Preisen der letzten zwei Jahre einen weiteren Niedergang erfahren würde, so daß kein Mittel unversucht bleiben darf, das eine Besserung bringen kann. Weiter beschäftigte sich der Ausschuss mit der Frage der behördlichen Regulierung der Hopfenanbaufläche. Der Zweck ist, eine Überproduktion bei sich hebernden Hopfenpreisen zu unterbinden, um das Angebot nicht über den Bedarf hinauswachsen zu lassen, weil sonst jede Zollmaßnahme um, unmerklich wird. In wenigen Wochen steht die Tagung des Deutschen Hopfenbauvereins in den Räumen Leimanns bevor.

Wie kann dem deutschen Landwirt aus seiner Not geholfen werden?

WP. 12 Millionen Morgen deutsche landwirtschaftliche Nutzfläche sind zu mehr als 100 Prozent des Einheitswerts verschuldet, 4 Millionen zu mehr als 150 Prozent. Nur noch ein Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe ist in der Lage, die Zinsen aus Reinerträgen zu zahlen. Die agrarischen Schutzgüter vermögen keinen genügenden Ausgleich zu schaffen, weil heute die Faktoren der Landwirtschaft viel zu hoch sind. An sich wäre die Rentabilität der Landwirtschaft bei dem heutigen ungeführten Vorkriegspreisstand möglich, wenn auch die Unkosten des Landwirts erst einmal auf Vorkriegsstand gesunken wären! Die Produktionskosten der Landwirtschaft stehen aber immer noch auf einer Höhe von 123, bei einem Preisindex für Agrarerzeugnisse von 93. Dem Landwirt muß also genau so wie allen anderen

Unternehmern in erster Linie von der Selbstkostenseite her geholfen werden.

Berliner Pfandkurs, 20. Juli. 14,88 G., 15,02 B. Berliner Diskontokurs, 20. Juli. 4,20 G., 4,21 B. D. Wk.-Knt. 40,87; D. Wk.-Knt. ohne Knt. 4,75. Deutscher Diskont 4,5 v. H.

Wknt. Silberpreis, 20. Juli. Grundpreis 40,80 RM. d. G. Der Volksgeldverkehr im Juni. Ende Juni 1932 betrug die Zahl der Volksgeldkonten im Deutschen Reich 1 016 841, das bedeutet gegenüber Mai einen Zugang von 369 Konten im Berichtsmonat. Der Gesamtumfang betrug 59,25 Mill. Reichsmark über 8617,06 Mill. RM. Davon sind bargeldlos 6802,9 Mill. RM. gehalten worden. Im Ueberweisungverkehr mit dem Saargebiet und dem Ausland wurden 10,25 Mill. RM. umgeschickt.

Uhrenhandel und Uhrenindustrie. Auf einer Jahresversammlung in Gotha hat der Verband deutscher Uhrengrößen beschlossen, dem auf der vorjährigen Reichsversammlung des Zentralverbandes deutscher Uhrenmacher abgeschlossenen Vertrag zwischen den führenden Fabriken der deutschen Uhrenindustrie und dem deutschen Uhreneinzelhandel beizutreten und sich zu verpflichten, nur noch ausschließlich die Waren der dem Frankfurter Vertrag beigetretenen Großfabriken zu führen. Zunächst hat sich der Großhandel bis Ende 1932 gebunden. In eine Verlängerung der Abmachungen will der Großhandelsverband nur einwilligen, wenn die beteiligten Fabriken sich verpflichten, sämtliche dem Großhandelsverband angehörenden Vertragsgrößen zu beliefern und die direkte Belieferung des Uhreneinzelhandels durch ihre Fabrikvertreter und Fabrikniederlassungen, wie sie der Zungahans- und Kienigs-Konzern unterhalten, aufzugeben. Bisher sind die beteiligten Uhrenfabriken auf diese Forderung nicht eingegangen.

Die Erdölgewinnung in Preußen belief sich im Juni 1932 auf 17 549 Tonnen gegen 17 671 Tonnen im Mai und 14 760 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1931.

Die Bank von Frankreich verteidigt einen Prozess. (Am 250 Mill. Gold aus 1915.) Wie aus Neuport berichtet wird hat die Bank von Frankreich vor dem Appellationsgerichtshof in Neuport einen Prozess verloren. Sie forderte von zwei amerikanischen Banken die Rückzahlung von 250 Mill. in Goldbarren, die die französische Regierung im Jahre 1915 bei den Agenturen dieser Banken in Petersburg hinterlegt hatte. — Man nimmt an, daß die Bank von Frankreich gegen das Urteil des Nichtigkeitsverfahren beantragen wird.

Zahlungseinstellung. Kaufhaus Julius Rarg, Freiburg im Breisgau, gegr. 1887.

Wilder Streik in Gladbach-Nord. Der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es gelungen, in fünf größeren Textilfabriken in Gladbach-Nord die Belegschaft zu einem wilden Streik zu organisieren. Nach Schätzungen der Gewerkschaften sind am Dienstag etwa 3000 Textilarbeiter den Betrieben ferngeblieben.

Stuttgarter Börse, 20. Juli. Die heutige Börse eröffnete zu etwas schwächeren Kurien. Die politischen Ereignisse lähmten die Geschäftstätigkeit. Schluss matt. Am Rentenmarkt waren die Kurse meist gehalten. Aktienmarkt — 1/2 Prozent. Der Aktienmarkt war bei sehr stillen Geschäft etwas schwächer.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart. Viehpreise. Echingen OÄ. Müllingen: Ochsen und Stiere 150 bis 200, Kühe 240—400, Kalbweil 300—450, Jungvieh 80—210. — Laupheim: Kühe und Kalben 75—145, Kühe 180—300 M.

Schweinepreise. Böhlermann: Milchschweine 12—18. — Echingen a. d. D.: Ferkel 12,50—50, Mutterchweine 70—95. — Echingen: Milchschweine 12,50—20. — Laupheim: Mutterchweine 50—60, Milchschweine 14—17. — Niederstetten: Milchschweine 13—17. — Waldsee: Milchschweine 15—17,50. — Winterstetten OÄ. Waldsee: Ferkel 14—22. — Wehingen OÄ. Spachingen: Milchschweine 12—18 M.

Caussen a. N., 20. Juli. Beginn der Getreideernte. Die Getreideernte hat hier begonnen. Bereits wurde Roggen eingeführt. Auch Gerste ist nunmehr reif zum Schneiden. Leider liegt so ziemlich alles Getreide wie gewohnt am Boden, wodurch die Arbeiten des Schneidens äußerst erschwert werden. — Die Erzeugerpreise für unsere Frühkartoffeln sind weiterhin gesunken und haben einen Tiefstand erreicht, wie noch nie zuvor. Bezahlt werden nur noch 2,20 RM. per Zentner. Daß es zu diesen Preisen nicht mehr lohnt, Kartoffeln und vor allem Frühkartoffeln anzubauen, liegt auf der Hand.

Sendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Freitag, 21. Juli: 6.00: Zeitungsabgabe, Wetterbericht, Genußmusik. 7.00: Wetterbericht, Nachrichten. 7.05—8.00: Konzert. 8.45: Funkwerkstattkonzert. 10.00: Eine halbe Stunde Chorin. 10.30: Schallplatten: Lieber des Volkes aus der Walz. 11.15: Vom 11. Deutschen Sängerbundesfest Frankfurt. 12.00: Schallplatten. 11.15: Zeitungsabgabe, Wetterbericht, Nachrichten, Schallplatten. 11.00—11.30: Funkwerkstattkonzert. 11.30—11.45: Qualifizierte Gesangschor für Festgesellschaften. 11.30: Vortrag: „Der Teufelsberg“ I. 11.45: Vom 11. Deutschen Sängerbundesfest Frankfurt. 11.30: Konzert. 11.15: Zeitungsabgabe, Wetterbericht, Landwirtschafsnachrichten. 11.30: Vortrag: „Die Bedeutung der auf den Menschen übertragbaren Tierkrankheiten“. 11.35: Zeitungsabgabe, Wetterbericht. 11.00: Schallplatten. 11.30: Lieber. 11.00: Aus Neuport: Kurt O. Sell: Wecker aus Amerika. 11.15: Schwäbische Weisen. 11.00: Die geschichtliche Olympia und die heutigen Olympischen. 11.30: Zeitungsabgabe, Wetterbericht, Nachrichten. 11.35—11.45: Gedenken.

Gekörbete: Elisabeth Häuerle, geb. Theurer, Hünfbrunn / Katharine Anhöf, geb. Wegenast, 60 J., Galtstein OÄ. Herrenberg.

Das Wetter Dem von Westen vorgebrungenen Hochdruck steht im Norden noch eine Depression gegenüber. Für Freitag und Samstag ist mehrfach heiteres, aber nicht ganz beständiges Wetter zu erwarten.

Trauer-Anzeige Nagold, den 21. Juli 1932. Karl Gauß viel zu früh durch einen Unglücksfall entziffen wurde. Im Namen der tieftrauernden Eltern und Geschwister: Jakob Gauß, Holzmacher. Beerdigung heute nachmittag 2 Uhr vom Trauerhause Calwerstraße 53.

Todes-Anzeige Efringen, den 19. Juli 1932. Friedrich Betsch Maurer ganz unerwartet infolge eines Blutzuges im Alter von 54 Jahren von uns geschieden ist. Die tieftrauernde Gattin: Luise Betsch, geb. Koller, mit ihren Kindern Die Schwester: Barbara Betsch. Beerdigung: Freitag mittag 1/2 Uhr.

Habe zu verkaufen Eine Wirtschaft (Realrecht) mit Metzgerei 25 Fremdenbetten, neue Küchlanlage in einer Industriegegend, von ungefähr 25000 Einw. sowie mehrere Wirtschaften mit Landwirtschaft. Habe auch landwirtschaftliche Anwesen jeder Größe zu verkaufen. Auskunft erteilt Mathias Kraus, Pfaffenendorf (Ob.) Ueberlingerstr.

Einmachbohnen 10 Pfd. 1.20 sowie süße Johannisbeeren 10 Pfd. 1.80 Sana, Del. 219 Sommer-Sprossen werden, auch in herkömmlichen Sorten, in wenig Tagen unter Garantie durch das beschriebene Zerkleinerungsverfahren „Zuckoderma“ befeuchtet, blühig und süß. Größe 8 L., Größe III 2,50 der große Typ. Große Tube 1,75 und 1,00, kleine Tube 1,00 und 0,75. Große Tube 30 L. 1,00. Apotheke Th. Schmid. 1402

Zibeben für den Hastrunk sehr vorteilhaft 155 bei Wilhelm Frey

Kriecher, Gneden Wir kaufen noch laufend jede Menge Kriecher, Gneden (Schnecken mit grauem Häuschen) zu den allerhöchsten Tagespreisen für schöne, ausgeputzte, frische Ware. Verlangen Sie in Versandpapieren. Rufen werden gestellt. Hardmeier, Schneckenexport Schwemningen / N. Reklame-Buchstaben rot, einzeln à 4 Pfg. zu Schaufensterreklame Plakate Aufschriften usw. vorrätig bei G. W. Zaiser.

Ab heute, 21. Juli Saison-Schluß-Verkauf Auf alle Sommerstoffe, gemustert und einfarbig, Waschkleider, Schürzen, Knabenblusen, Damenwäsche, Herrenhemden 154 10-20% Rabatt Ein größerer Posten Reste weit unter Ankauf! Gottlieb Schwarz Herrenbergerstraße

Rheinische Ingenieurschule Mannheim

Nagold, den 20. Juli 1932 Dankfagung Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme an dem jähen, schmerzlichen Verlust meiner lieben Frau, unserer bergensguten Mutter Anna Marie Riempp geb. Buß für die vielen Kranzspenden, die zahlreiche Zeichenbegleitung zu ihrer letzten Ruhestätte von hier und auswärts, sowie für die schöne Choralmusik sagen herzlichsten Dank. In tiefem Leid die trauernden Hinterbliebenen: Der Gatte: Friz Riempp mit seinem Sohn Friz.

Frisches Gemüse BILLIGER Karte, grüne 157 Bohnen Pfd. —.10 3 Pfd. nur —.28 Broccole Pfd. —.10 Salat-Gurken Stk. v. 20 3 an Rhabarber Pfd. 8 3 weiße Rettiche Stk. 7 3 Kopfsalat Stk. 5 3 Wachsbohnen Schnittfeste Tomaten neue Kartoffeln 3 Pfd. 16 10 Pfd. nur 50 LUGER Zu jedes Haus gehört der „Gesellschafter“